



An den Bürgermeister und die Fraktionen
im Rat der Gemeinde Inden

Per Mail

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bund der Steuerzahler NRW e.V. hat die satzungsgemäße Aufgabe, die Öffentlichkeit über finanzpolitische Zusammenhänge zu informieren und der Politik Vorschläge für die Gestaltung des öffentlichen Finanzwesens zu unterbreiten. In diesem Zusammenhang sehen wir **die in der noch zu beschließenden Haushaltssatzung vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer B auf 1400 Prozentpunkte im Jahr 2026 mit großer Sorge**. Wir appellieren daher an Sie als Verantwortliche im Gemeinderat konsequent Maßnahmen umzusetzen, um diese Erhöhung zu verhindern.

Die steuer- und finanzpolitischen Folgen für die kommunalen Haushalte, die durch die Pandemie und den russischen Krieg gegen die Ukraine ausgelöst wurden, halten immer noch an. Auch die unzureichende Finanzausstattung der kommunalen Familie kann nicht von der Hand gewiesen werden. Hier setzt sich der Bund der Steuerzahler unter anderem auf Landesebene dafür ein, dass den Kommunen höhere Einnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Hinzu kommen vor allem in Inden erhebliche Belastungen durch den seit vielen Jahren bekannten Strukturwandel.

Nichtsdestotrotz gilt: Auch die Kommunen müssen Ihrerseits Kraftanstrengungen zu nachhaltigen Finanzen leisten und sich um die Verträglichkeit der Abgaben für die Bürgerschaft und die örtliche Wirtschaft kümmern. Die Verträglichkeit der Abgabenlast sehen wir mit den eingeplanten Erhöhungen als nicht mehr gegeben. Die bereits heute außerordentlich hohen Wohnkosten dürfen nicht noch weiter steigen. **Aus diesem Grunde empfehlen wir, die eingeplanten Erhöhungen zu überdenken und einen intensiven Konsolidierungsprozess umzusetzen.**

Bei einem solchen, langfristigen Prozess der Konsolidierung der Gemeindefinanzen empfehlen wir, alle Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Dadurch können die Probleme kommuniziert und gemeinsam angegangen werden. Beispiele dafür sind Beteiligungsformate, in denen die Bürgerschaft Einsparpotentiale vorschlagen und bewerten können oder auch der sogenannte Bürgerhaushalt. Offenheit seitens Verwaltung und Politik tragen nach unseren Erkenntnissen mit zu einer breiten Akzeptanz der Bürgerschaft für die unumgängliche Etatsanierung bei. An dieser Stelle ist es deshalb wichtig zu betonen, dass ernsthafte Haushaltskonsolidierung nur funktioniert, wenn Verwaltung, Politik sowie Bürgerinnen und Bürger an einem Strang ziehen.

Nicht zuletzt ist auch die symbolische Kraft der Gemeindesteuern nicht zu unterschätzen. Gerade in der aktuellen Zeit, müssen solche Maßnahmen äußerst sorgfältig geprüft und überdacht werden.

Der BdSt NRW appelliert daher an die Vertreterinnen und Vertreter im Gemeinderat:

- Identifizieren Sie Konsolidierungsmöglichkeiten im Kommunaletat und Sie setzen diese um.
- Überdenken Sie die sehr deutliche Erhöhung der Grundsteuern.
- Passen Sie die Hebesätze nur nach dem Prinzip der *ultima ratio* an und senken diese sofort, wenn sich die Situation verbessert.

Alle Einsparmöglichkeiten sind schnell und konsequent zu suchen und umzusetzen. Hilfestellung beim Sparen bietet der „Kommunalkompass“ des Bundes der Steuerzahler, der im Internet kostenlos zur Verfügung steht. [Link: Kommunalkompass](#)



**Bund der Steuerzahler
Nordrhein-Westfalen e.V.**

Wir weisen darauf hin, dass wir diesen Appell allen Ratsfraktionen in Inden sowie dem Bürgermeister zur Verfügung gestellt haben.

Für weitere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Joscha Slowik
Referent für Haushalts- und Finanzpolitik